

Braunschweiger Volksfreund

Nr. 2/2011

Zeitung des SPD-Unterbezirks Braunschweig

Juni/Juli 2011

Sommerprogramm 2011

„Sommer_Sonne_SPD“: Unter diesem Motto bietet die SPD zum 21. Mal allen Braunschweigern Freizeitspaß und Informationen in der Ferienzeit an.

Und wieder einmal heißt es: „Sommer-Sonne-SPD!“ Unter diesem Motto bietet die SPD bereits zum 21. Mal allen Braunschweigerinnen und Braunschweigern ein interessantes und unterhaltsames Freizeitprogramm für die Ferienzeit an.

Das Sommerprogramm hat bereits eine lange Tradition und wird sich sicher auch in diesem Jahr wieder großer Beliebtheit erfreuen. Es beginnt am 2. Juli mit einem Fußballturnier für Jugendliche auf dem Magnikirchplatz sowie einem interessanten Stadtteilrundgang im westlichen Ringgebiet und endet am 17. August mit dem Besuch der Hauptprobe der Oper „Turandot“ auf dem Burgplatz.

Auch in diesem Jahr gibt es neben Altbewährtem wieder etliche neue Programmpunkte, wie eine Besichtigung des Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrums (DLR) oder ein Besuch bei den Naturfreunden e.V. am Südsee inklusive kleinem Segelkurs. Erstmals wird ein Ausflug ins Kloster Walkenried



Zum 21. Sommerprogramm der SPD lädt der Vorsitzende Christoph Bratmann herzlich ein.

mit kundiger Führung durch das sehenswerte Klostermuseum angeboten.

Egal ob Sonne oder Regen, das Sommerprogramm bietet bei jedem Wetter erholsame und interessante Termine. Durch die Vielfalt der Angebote ist sicher für alle etwas dabei.

Technikbegeisterte können sich auf interessante Besichtigungen freuen, zum Beispiel bei VW - mit der beliebten Currywurst zum Abschluss -, Siemens oder der Pianofabrik Schimmel. Geschichtlich Interessierte können

geführte Rundgänge zu verschiedenen Themen mit dem Arbeitskreis „Andere Geschichte“ und anderen mitmachen. Naturfreunde können etwa bei einer nächtlichen Waldwanderung in Riddagshausen oder bei einer Führung im Botanischen Garten auf ihre Kosten kommen.

Insgesamt präsentiert Ihnen die SPD in diesem Jahr über 60 Angebote, die fast alle kostenlos sind. Eine Anmeldung ist aber trotzdem dringend erforderlich, weil bei fast allen Programmpunkten die Teilnehmerzahlen begrenzt sind. Außerdem können wir so alle Angemeldeten informieren, falls sich ein Termin verschiebt.

Das gesamte Sommerprogramm finden Sie in diese Zeitung eingelegt. Das Programm gibt es außerdem in der Geschäftsstelle der SPD in der Schloßstraße 8, Telefon 480 98 21 oder im Internet unter www.spd-braunschweig.de



... unter diesem Motto brachten Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine und Verbände Tausende von Menschen am 4. Juni auf die Straßen. Sie demonstrierten friedlich gegen die am gleichen Tag stattfindende Kundgebung der Nazis. Nach dem Auftakt am Hauptbahnhof zog der bunte Demonstrationzug in die Innenstadt zum Fest „Braunschweig International“. Natürlich waren auch viele Mitglieder der SPD dabei. Alle teilnehmenden Organisationen wollen auch in Zukunft zusammenarbeiten, um Veranstaltungen der Nazis in Braunschweig zu verhindern.



Mogelei um Sanierung von Schulen und Kindergärten

Nur eingeschränkte Sanierung von Schulen und Kindergärten
– Nachträgliche Sanierung muss teuer bezahlt werden –

■ Die CDU/FDP-Mehrheit im Rat hat nach langer Vorbereitungszeit beschlossen: Ein Sanierungspaket für acht Schulen und drei Kindergärten wird als PPP-Projekt durchgeführt. In diesem Fall bedeutet das: Die Firma Hochtief saniert die Gebäude als Generalunternehmer und übernimmt für 25 Jahre die Bewirtschaftung und Gebäudeunterhaltung. Die Stadt zahlt dafür einen gleich bleibenden Betrag von 12,65 Millionen Euro pro Jahr an Hochtief. Nach Ablauf der 25 Jahre Vertragslaufzeit übernimmt die Stadt die Gebäude wieder in Eigenregie.

Von Anfang an war das Projekt politisch umstritten. Die schwarz-gelbe Ratsmehrheit behauptet, PPP sei um über eine Million Euro im Jahr günstiger als die Erledigung in Eigenregie, und stimmten dafür. Alle Oppositionsparteien stimmten dagegen. Man könnte versucht sein zu sagen: Dasselbe wie immer.

Das wäre grundfalsch. Grüne, BIBS und

Linke versuchten, PPP als eine neue Privatisierungsrunde darzustellen, und waren daher von vornherein gegen PPP. Das ist aber Unsinn – das Eigentum und die Verfügungsgewalt über die Einrichtungen bleiben bei der Stadt. Daher war es ein leichtes für Schwarz-Gelb, diese ideologisch begründete Ablehnung zu überstimmen. So hatten sie es nicht nötig, auf die Sachargumente einzugehen, die die SPD vorbrachte.

Hauptargument der SPD: Das „Sanierungspaket“ ist eine Irreführung der Öffentlichkeit. Es wird nämlich nicht alles saniert, was notwendig wäre. Stattdessen wurde ein Höchstbetrag festgelegt, den das Ganze kosten dürfe. Und weil die ermittelten Kosten viel höher sind als dieser Betrag, wurden wesentliche Sanierungsziele gestrichen. Das betrifft vor allem die energetische Sanierung, das heißt eine verbesserte Wärmeisolierung zur Senkung der Heizkosten.

Das ist schon schlimm genug. Die Notwendigkeit der Energieeinsparung wird ja nicht geringer, sondern wächst, und deshalb muss die energetische Sanierung bald nachgeholt werden. Noch schlimmer wird das durch eine Bestimmung im Vertrag: Einsparungen im Energieverbrauch kommen der Stadt und Hochtief zu gleichen Teilen zugute.

Das heißt: Wenn – wie absehbar – tatsächlich irgendwann die Wärmeisolierung verbessert werden muss und damit weniger Energie verbraucht wird, profitiert davon auch Hochtief, ohne einen Cent dazuzuzahlen. Das ist ein Skandal und hätte in den Mittelpunkt der Debatte gehört.

Leider war die SPD die einzige Fraktion, die sich mit diesen und anderen fragwürdigen Einzelheiten befasst hatte. So wurde es Schwarz-Gelb unnötig leicht gemacht, diese Vereinbarung zum Nachteil der Stadt abzuschließen – leider.

SPD fordert Gleichstellung in der Arbeitswelt

■ „Eltern müssen unterstützt werden, familiäre Aufgaben und Beruf partnerschaftlich zu vereinbaren. Frauen wollen sich nicht auf Familie beschränken, Männer wollen sich nicht auf Arbeit beschränken“, betonte Annegret Ihbe, Ratsfrau und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) im Bezirk Braunschweig in ihrem Eingangsstatement. Im Mittelpunkt einer gut besuchten Veranstaltung in der Braunschweiger Stadthalle zum Thema „Gleichstellung in der Privatwirtschaft: Probleme - Perspektiven – Lösungen“ standen Fragen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern und zur Förderung von Frauen in Betrieben.

Spannender Gesprächsstoff also für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Podium und im Publikum: Eine gesetzliche Quote allein bewirke kaum etwas und befördere nur eine vordergründige Diskussion meinte Peter-Jürgen Schneider, Personalvorstand der Salzgitter AG. Gabriele Trittel, Betriebsrätin der VW AG, vertrat hingegen den Standpunkt, dass eine gesetzliche Quote unbedingt erforderlich sei, weil positive Vorbilder die Aufmerksamkeit erhöhen und Anreiz geben.

Sabine Ladinik von der Frauenförderung der VW AG und Anja Ludwig, Betriebsrätin VW Financial Services AG, wiesen auf positive Bei-

spiele und Maßnahmen zur Förderung von Frauen in ihren Unternehmen hin wie Betriebskindergärten, unterschiedliche Teilzeitmodelle, Notfalltelefon, Elternzeittreffen und Begleitung der Beschäftigten während der Elternzeit. Aber auch die Unternehmenskultur, das Bewusstsein und die Akzeptanz in der Belegschaft müssen gefördert werden, so Sebastian Patta, Personalleiter VW Werk Braunschweig.

„Die ‚gläserne Decke‘ auf dem Weg zu Führungsaufgaben muss nun endlich durchbrochen werden“, stellte Marion Lenz als betroffene Mitarbeiterin fest. Sie versuche zur Zeit den Spagat zwischen Familie, Beruf und Karriere hinzubekommen. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass dabei Unternehmen und Politik gefordert sind - und die Frauen selbst natürlich auch.

Die Forderungen der SPD auf dem Weg zur Gleichstellung und besseren Vereinbarkeit von



Das kompetent besetzte Podium in der Stadthalle. Der SPD-Vorsitzende Christoph Bratmann moderierte die Diskussion.

Familie und Beruf sind:

- ▶ Arbeitsplätze mit gleicher Bezahlung für Frauen und Männer
- ▶ eine Erhöhung des Frauenanteils in Fach- und Führungspositionen und eine Frauenquote von 40% in Aufsichtsräten
- ▶ hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote
- ▶ Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab dem 1. Lebensjahr
- ▶ Ausbau von Ganztagschulen.

SPD-Ratsfraktion fordert die Stadt auf, Bürgersolaranlagen zu unterstützen

Atomausstieg leicht gemacht

■ In diesen Tagen diskutieren alle, wie und vor allen Dingen wie schnell es einen Weg aus der Atomenergie gibt. Dass diese Form der Energieerzeugung viele Risiken birgt und auch die Endlagerfrage nach wie vor ungelöst ist – wer weiß das besser als wir in Niedersachsen – ist mittlerweile breiter gesellschaftlicher Konsens. Doch was kann der Einzelne tun, um ein Signal zu setzen, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann?

Eine gute Möglichkeit, selbst aktiv zu werden, sind Bürgersolaranlagen. Das Prinzip ist ganz einfach: Jeder interessierte Bürger beteiligt sich mit einer finanziellen Einlage an einer Betriebsgesellschaft, die die Solaranlage aufstellt und anschließend den Betrieb sicherstellt. Häufig finden sich Genossenschaften oder Vereine als Betreiber, denn diese bieten die demokratischste Organisationsstruktur. Flächen werden in der Regel von den Kommunen oder privaten Hauseigentümern zur Verfügung gestellt.

Die SPD-Ratsfraktion wünscht sich solche Bürgersolaranlagen auch in Braunschweig. Daher hat sie in der letzten Ratssitzung einen Antrag eingebracht, in dem die Stadt aufgefordert wird, gemeinsam mit lokalen Akteuren



Bürgersolaranlage auf der Europaschule Falkensee im Havelland.

Quelle: www.europaschule-falkensee.de

die Einrichtung einer Betriebsgesellschaft für Bürgersolaranlagen in die Wege zu leiten.

Trotz guter Argumente wurde dieses Ansinnen von der CDU/FDP-Ratsmehrheit verworfen. „Das ist schade. Die Stadt Braunschweig hat so eine wichtige Chance versäumt, Bürgerinnen und Bürger zu ermuntern, einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten“, so Nicole Palm, umweltpolitische Sprecherin

der SPD-Ratsfraktion.

Trotzdem haben Bürgersolaranlagen in Braunschweig eine Chance. Interessierte Bürgerinnen und Bürgern können auch ohne Unterstützung der Stadt solche Anlagen auf den Weg bringen. Wie das geht, kann man im Internet nachlesen. Auf www.buerger-kraftwerke.de oder www.solarverein-berlin.de finden sich entsprechende Informationsbroschüren.

Vom Saulus zum Paulus, oder: Kann man Wählerstimmen kaufen?

■ Drei Monate vor der Kommunalwahl schlägt die CDU/FDP-Ratsmehrheit vor, die Kindergartengebühren in Braunschweig abzuschaffen. Dieser Vorschlag klingt zunächst verlockend, ungerecht und ungläubwürdig.

Wenn man städtisches Geld in die Hand nimmt, um Kita-Entgelte abzusenken, dann macht es keinen Sinn, nur bei den Kindergartenkindern anzusetzen. Was ist mit den deutlich höheren Krippenentgelten? Grundschul Kinder nehmen am Nachmittagsangebot der offenen Ganztagschulen weitgehend kostenfrei teil. Für Kinder, die den Hort oder die Schulkindbetreu-



Frank Flake, jugendpolitischer Sprecher der SPD im Rat der Stadt.

ung besuchen, sind dagegen weiterhin gestaffelte Entgelte zu zahlen. Ist das gerecht?

Mit einem gemeinsamen Änderungsantrag fordern SPD und Grüne daher, die Entgelte in allen drei Bereichen gravierend abzusenken – statt nur in einem Bereich abzuschaffen.

Außerdem gibt es bei der Kinderbetreuung noch andere Baustellen als die Entgelte. Die SPD fordert zum Beispiel seit Jahren kleinere Gruppen. 25 Kinder auf zwei Fachkräfte in einer Kindergartengruppe sind zu viel. In den vergangenen Jahren sind alle SPD-Anträge zur Verkleinerung der Gruppen von der CDU/FDP-Ratsmehrheit abgelehnt worden. Jetzt will der Rat der Stadt Braunschweig endlich mit der Gruppenverkleinerung beginnen. CDU und FDP haben einen erneut von der SPD eingebrachten Antrag dazu weitgehend übernommen. Sie haben einsehen müssen, dass die einseitige Fokussierung auf Entgelte und das Außerachtlassen qualitativer Verbesserungen im Kita-Bereich ein Fehler war.

Familienzentren

Seit Jahren fordert die SPD die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren. In anderen Städten ist man da viel weiter. In Hannover gibt es bereits über 20 Familienzentren. Nachdem die CDU/FDP-Ratsmehrheit die SPD-Forderung nach Familienzentren über Jahre hinweg abgelehnt hat, ist erst angesichts der Kommunalwahl ein Einlenken erkennbar.

180°-Wende vor der Wahl

Nach einer Meinungsumfrage zur Kommunalwahl in Braunschweig im Auftrag der CDU haben CDU und FDP keine Mehrheit mehr. In vielen Fragen, wie bei Kindergartenentgelten, Gruppengrößen und Familienzentren, hat die CDU daher kurz vor der Wahl eine 180-Grad-Wende vorgenommen. Zuvor hatte sie im Jugendhilfeausschuss über fünf Jahre hinweg immer wieder gegen Verbesserungen im Bereich der Kinderbetreuung gestimmt. Diese Wandlung vom Saulus zum Paulus ist unglaublich. Die CDU wird erkennen müssen, dass man Wählerstimmen nicht kaufen kann.

Ein großer Verlust

Braunschweig trauert um Inge Kükelhan, die unerwartet verstarb.

■ Sie war seit langer Zeit ein aktives, hoch geachtetes Mitglied unserer Partei. 1981 wurde sie in den Stadtbezirksrat Veltenhof-Rühme gewählt und war dort auch 20 Jahre lang Bezirksbürgermeisterin. Seit 1986 gehörte sie dem Rat der Stadt an und war seit 2001 Bürgermeisterin. In dieser Funktion fand sie bei vielen Veranstaltungen und Anlässen immer passende und einfühlsame Worte. Für ihr vielfältiges ehrenamtliches Engagement, beispielsweise im Verein für Krebsnachsorge, erhielt sie vor drei Jahren das Bundesverdienstkreuz.

Sie hatte immer ein offenes Ohr für die Sorgen der Menschen vor Ort und setzte sich mit praktischer politischer Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ein. Unser Mitgefühl gilt ihren Verwandten, insbesondere ihrer Tochter und Enkelin. Inge Kükelhan wird uns allen sehr fehlen.



Über Parteigrenzen hinweg war Bürgermeisterin Inge Kükelhan anerkannt und beliebt.

Bürgersprechstunden der SPD-Abgeordneten

■ Die Braunschweiger SPD-Abgeordneten bieten in Geschäftsstelle in der Schloßstraße 8 regelmäßig Bürgersprechstunden an. Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 480 98 21. Die Termine sind :

► **Dr. Carola Reimann, MdB:**

– Do., 18. August, von 10 – 18 Uhr

► **Klaus-Peter Bachmann, MdL:**

– Do., 7. Juli 2011, 14.30 Uhr

– Do., 18. August 2011, 14.30 Uhr

Jeden Donnerstag um 16 Uhr:

SPD-Bürgersprechstunde im Rathaus

■ Jeden Donnerstag – mit Ausnahme der Schulferien – steht den Bürgerinnen und Bürgern ein Mitglied der SPD-Ratsfraktion für ein Gespräch in der Geschäftsstelle der SPD-Fraktion im Rathaus-Altbau, Zimmer A1.51, von 16 – 17 Uhr zur Verfügung. Eine Anmeldung ist möglich telefonisch unter 470-2211. Weitere Informationen: www.spd-ratsfraktion-braunschweig.de.

Spende für das Frauenhaus Braunschweig



■ Das „Hexenfrühstück“ der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) der SPD Braunschweig hat Tradition. Es findet jedes Jahr im Rahmen der Aktivitäten und Veranstaltungen des 8. März-Bündnisses

rund um den Internationalen Frauentag statt. 225,- Euro – Einnahmen aus den Eintrittskarten und Spenden – konnten die AsF-Vorsitzende Angelika Hitzmann und ihre Stellvertreterin

Simone Wilimzig-Wilke der Frauenhausleiterin Gudrun Meurer übergeben.

„Spenden werden immer dringend gebraucht und sind im Etat fest mit eingeplant,“ betonte Meurer. Bis jetzt habe man das benötigte Geld immer zusammen bekommen, so dass eine Notkasse für Frauen, die oft ohne finanzielle Mittel kommen, oder größere Anschaffungen, wie neue Sofas und eine Schaukel, für den Kinderspielplatz finanziert werden konnten. Träger der Einrichtung ist seit 2006 die Arbeiterwohlfahrt (AWO) Kreisverband Braunschweig.

CDU scheut echte Bürgerbeteiligung

Zusammenlegung von Stadtbezirken über die Köpfe der Bürger hinweg.

■ Mehr als 1.100 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben eine Resolution für den Erhalt der Stadtbezirke Wabe-Schunter und Bienrode-Waggum-Bevenrode. Trotzdem erfolgte die Zusammenlegung allein aufgrund des Willens von CDU- und FDP-Politikern. Eine vorherige Befragung der betroffenen Bürger fand nicht statt.

Kaum entstanden, hat der neue, langgestreckte Bezirk Wabe-Schunter-Beberbach schon ein Problem: Mit Kappung der Grasseleer Straße im letzten November gibt es keine direkte Verbindung mehr zwischen Waggum und Querum, das heißt zwischen Nord- und Südteil des neuen Bezirks. Wie soll etwas zusammen wachsen, wenn wichtige Ver-

kehrsverbindungen fehlen?

Im Juni letzten Jahres hat der OB Dr. Hoffmann in einer Bürgerversammlung Alternativen zur favorisierten Ostumfahrung des Flughafens vorgestellt. Dennoch ist bis heute nicht bekannt, wie und wann es weiter geht. In bekannter Manier schweigen sich Oberbürgermeister, Bezirksbürgermeister, Stadtverwaltung und Landesbehörden aus.

Gerhard Stülten, Fraktionsvorsitzender im Stadtbezirksrat 112, fragt: „Sollte die Ostumfahrung bereits abgeschlossen sein, aber dies besser bis nach der Kommunalwahl verschwiegen werden? Wir als SPD fordern eine zeitnahe und offene Information und aktive Einbindung der Bürger.“

Terminvorschau

► **5. Juli: Thema „Soziale Stadt“**

Veranstaltung mit Wilhelm Schmidt, AW0-Bundesvorsitzender, und Rolf Kalleicher, Braunschweiger Baugenossenschaft.

► **23. Juli: „Braunschweig barrierefrei?“**

Aktion für ein barrierefreies Braunschweig.

► **12. Aug: Sommerfest der SPD**

auf dem RSV-Gelände am Bürgerpark.

Weitere Informationen und Termine im Internet unter www.spd-braunschweig.de

Impressum

Braunschweiger Volksfreund

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig

Internet: www.spd-braunschweig.de

Redaktion: Detlef Kühn (VidSP), Ulrike Englisch, Sigrid Herrmann, Kai Stille
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17.6.2011

Druck: bs-druck, Braunschweig

Erscheinungsweise: vierteljährlich, Auflage: 50 000 Ex.

Bankverbindung/
Spendenkonto des
SPD-Unterbezirks:
SEB, BLZ 270 101 11,
Konto 100 600 1200

